

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühren monatlich 2,50 M., bei Bestellung unter Straßband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2876.

Inserate kosten die achtspaltige Normgröße oder deren Raum 1,20 M., Wortzeilen das festgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Coverungsgebühr 30 Proz. Familien- und Vereinsabonnements sind der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 976.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rosa Luxemburg zum Gedächtnis.

Heute trauert das internationale Proletariat die sterblichen Reste von Rosa Luxemburg werden, fast fünf Monate nach ihrer Ermordung, zur Ruhe bestattet. Die Arbeiterklasse Berlins wird durch ein Leichenbegängnis, wie es die deutsche Hauptstadt nie sah, sich zur Märtyrerin Rosa Luxemburg bekennen; aber diese Feier gilt nicht nur der letzten Ehrung der Toten, sie ist ein Protest gegen jenes Regime des Mordes und der Gewalttat, das den Weltkrieg erzeugte und das trotz der Revolution fort dauert und in der deutschen sozialistischen Republik billige Triumphe feiert.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ragen hervor aus der Reihe der Kämpfer, die vor und nach ihnen dieser Blutherrschaft zum Opfer fielen. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und die ihr folgenden Ereignisse zeigen wie in einem Spiegel den wahren Charakter der bürgerlichen Gesellschaft auf ihrer letzten Entwidlungstufe, wie sie Rosa Luxemburg in der Juniuss-Broschüre 1918, ihrer letzten öffentlichen Schrift, geschildert hat:

„Gekennzeichnet, entehrt, im Mute wankend, von Schmutz triefend — so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist nicht, wenn sie, geleckt und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat, — als reichende Bestie, als Herrensabbat der Anarchie, als Weisthau für Kultur und Menschheit, — so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.“

Und diese wahre Gestalt einer Gesellschaft, die, kaum dem Weltkrieg entronnen, nicht von den Praktiken des Weltkrieges lassen kann, einer Gesellschaft, die selbst kapitalistisch verfeuerte Schichten des Proletariats in ihren Bann zieht, offenbart sich bei dem Mord an Rosa Luxemburg, Brutalität und Klassenhaß, Lüge und Verächtskomödie und am Schluß die Entlarbung trotz alledem.

Erinnern wir uns der ersten bewußten Falschmeldungen von der Tötung unserer Genossin durch den Mob von Berlin W.! Erinnern wir uns der verlogenen Verächtlichmachung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division! Erinnern wir uns des Jubels der Bourgeoisie und der famolen Untersuchungskommission, die alles tat, um jenen Prozeß vorzubereiten, den selbst der „Vorwärts“ als divisionen-patriotisches Theater bezeichnete. Dieser Prozeß mit dem würdevollen Hochspiel der Flucht des Hauptangeklagten Vogel unter Beihilfe einflussreicher Kreise! Liebknecht auf der Nacht erschossen! Rosa Luxemburg feige, hinterücks erschossen, der Hauptangeklagte steht mit omtlichwistertem Pohl!

Das ist das System, unter dem wir leben, das ist jene widererstandene Herrschaft der Militärkaste, deren grimmigste Feindin Rosa Luxemburg zeit lebens war. Das ist die wiedererstandene Macht jenes Militarismus, den sie vor Ausbruch des Weltkrieges schonungslos entlarvte, so daß er sie durch eine einhalbjährige Gefängnisstrafe unerschütterlich zu machen suchte. Der Machtpolitik der Offizierskaste, der Herrschaft des Imperialismus galt der politische Kampf, galt die wissenschaftliche Forscherarbeit der Ermordeten im letzten Jahrzehnt ihres Lebens. Immer wieder rief sie das Proletariat auf gegen die drohende Gefahr des Weltkrieges, unermüdet suchte sie die Lehren der russischen Revolution der deutschen und der internationalen Arbeiterklasse zu vermitteln. Sie war die Verförperung des internationalen Bewusstseins der Arbeiterklasse. Sie lebte jene proletarische Internationalität, die kein farbloses Weltbürgertum ist, sondern lebendiger bewußter Zusammenhang mit den Schicksalen, Kämpfen, Reiden und Zukunftshoffnungen des Weltproletariats.

In Deutschland heimisch wie im Geburtsland Polen, vertraut mit der russischen Bewegung, kundig aller Sprachen und toten Kultursprachen, hatte sie tiefen Einblick in den augenblicklichen Stand der proletarischen

Bewegung aller Länder, sondern auch in ihr geschichtliches Werden. Sie war wirklich international, für sie war Nichts jener Satz der These 12 des Programms der Juniuss-Broschüre: „Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran.“ Diese Pflicht bestimmte ihr Handeln im Frieden wie im Kriege und auch in der Revolution. Das Weltproletariat muß trauern um eine Führerin, die voranging auf dem Wege echten proletarischen Weltgefühls und welt-politischer Einstellung des Denkens, auf jener Bahn, auf der ihr die Sektionen der Internationale folgen müssen. Soll jener Herrensabbat der Gewalttätigkeit und blutdürstigen Brutalität ein Ende finden, muß das Weltproletariat die Erde beherrschen und die Weltwirtschaft organisieren.

Diese Internationalität kann nicht nur dem Gefühl entspringen. Der Verstand, die wissenschaftliche Einsicht muß der Leidenschaft die Bahn weisen. Bei Rosa Luxemburg verband sich glühendstes, stärkstes Gefühl für alle Unterdrückten ohne Unterschied des Geschlechts und der Rasse mit unbezähmbarem Forscherdrang und unermüdetlicher wissenschaftlicher Arbeit. Mag in der Hitze der Polemik und im Kampfgetümmel revolutionärer Zeiten oft der revolutionäre Glanz die nüchternen Erkenntnisse zurückgedrängt haben, immer suchte die Denkerin, sich Rechenschaft zu geben über das Mögliche. In ihrer letzten großen Rede auf dem Kongreß des Spartakusbundes eiferte seine anerkannte Führerin gegen den geistigen Unernst und die Bequemlichkeit im Denken, die sich bei einem Teil der Zuhörer breit machte. Dieser geistige Unernst und diese Bequemlichkeit im Denken, die gefälligen Augenblicks-Schlagworten nachgibt, war bei aller journalistisch-agitatorischen Begabung und Neigung der glänzenden Rednerin Rosa Luxemburg in tiefster Seele verhaßt und ihre Lebtätigkeit in der Partei-schule und die aus dieser Tätigkeit erwachsene und bisher unveröffentlichte Schrift muß die deutsche Arbeiterklasse und die Sozialisten der ganzen Welt davor warnen, in dieser Zeit ungeheuerster politischer Umwälzungen Augenblicks-gefühlen und leidenschaftlichen Aufwallungen hemmungslos zu folgen. Die Einheit von Leidenschaft und Wissen, von nüchternster wissenschaftlicher Untersuchung und lodernster Begeisterung, die sich in Rosa Luxemburgs Leben verkörperte, muß ein Symbol sein für jene revolutionären Kämpfe, an deren Anfang wir stehen und die enden müssen mit unserem Siege, wenn sie nicht mit dem Verfall der menschlichen Kultur enden sollen. Wir trauern um Rosa Luxemburg als einer Führerin in diesem Kampf und wir empfinden heute, wo wir ihre Leiche geleiten, mit tiefstem Schmerz die Wahrheit jenes Lieblingswortes von Karl Marx, „daß nicht die Toten zu beklagen sind, sondern die Ueberlebenden“. Wir handeln nicht im Geiste Rosa Luxemburgs, wenn wir müßig klagen und der rückschauenden Trauer übermäßig Raum gewähren in unseren Seelen.

Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und die tiefe Verwilderung der Menschheit durch den vier-jährigen Krieg, die er offenbart, erfüllt uns mit Ekel, mit Abscheu gegen jene Herrschenden, die ihn geschehen ließen und ihn nicht lühten. Dieser Mord darf uns nicht zu müden Klagen und fruchtloser Verbitterung führen, wir müssen ihn geschichtlich begreifen, seine sozialen Wurzeln erkennen und daraus trotz alledem Mut und Hoffnung schöpfen zum Kampf gegen diese Welt, deren Lüge und Brutalität eine der besten proletarischen Frauen erlag.

Dieser Trauertag muß für uns ein Tag der kritischen Rückschau auf unsere eigene Arbeit und ein Tag des Blicks in die Zukunft sein, nicht in rosenroter, unkritischer Hoffnungseligkeit, sondern mit jener forscherisch-nüchternen

Stetigkeit, mit der Rosa Luxemburg politische Fragen zu behandeln pflegte. Galt für sie auch das Wort von Marx: „Alles ist in Zweifel zu ziehen“, so galt für sie nicht weniger das Wort von Saint Simon, daß man begeistert sein muß, wenn man große Dinge tun will.

Große Dinge wollen wir tun, weil wir sie tun müssen. Die Welt ist ein Chaos und wir als unterdrückte unterste Klasse der Gesellschaft haben die geschichtliche Aufgabe, die Welt zu organisieren und es ist unser „historisches Recht“, wie Rosa sagen würde, daß wir eine Organisation anbahnen müssen in einer Zeit der Trümmer, der Gewalt, des Blut-rausches, der Verwilderung, der Spaltung des Proletariats und der Verfehlung aller der Eigenschaften, auf die die Sozialisten stolz sind.

Der Weltkrieg endet mit einem Weltkriege, die Revolution in Deutschland ist anscheinend zurückgeworfen, die Konterrevolution ist übermächtig denn je und man glaubt sich oft in die Zeiten des Weltkrieges zurückversetzt. Trotzdem ist der Imperialismus ins Mark getroffen, trotzdem reißt sich überall die Arbeiterklasse empor und rüttelt an ihren Fesseln und der Trauertag um Rosa Luxemburg muß uns eine Mahnung sein, daß der Kampf, dem sie ihr Leben weihte, der Kampf, als dessen tragisches Opfer sie fiel, nur zum Siege geführt werden kann eingedenk jener Lösung, die Juniuss 1916 als Ergebnis einer wissenschaftlichen Analyse der Weltkriegszusammenhänge ausgab, einer politischen Kampflosung, die heute noch gilt, nicht nur für das deutsche, sondern für das Weltproletariat. Im Geiste dieser Worte wollen wir um Rosa Luxemburg trauern, wollen wir ihr Vermächtnis erfüllen, wollen wir das Erbe verwirklichen, das sie uns hinterließ:

„Hier erweist sich aber auch der heutige Weltkrieg nicht bloß als ein grandioser Mord, sondern auch als Selbstmord der europäischen Arbeiterklasse. Es sind ja die Soldaten des Sozialismus, die Proletarier Englands, Frankreichs, Deutschlands, Rußlands, Belgiens selbst, die einander auf Geheiß des Kapitals seit Monaten abklochten, einander das kalte Mordeisen ins Herz stoßen, einander mit tödlichen Armen umklammernd zusammen ins Grab hinaustaumeln.“

Deutschland, Deutschland über alles! Es lebe die Demokratie! Es lebe der Jar und das Slaventum! Behntausend Weltbahnen, garantiert vorfahrtsmäßig! Hunderttausend Kilo Speck, Kaffee-Ertrag, sofort lieferbar! ... Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen. Und mit jedem sinkt ein Kämpfer der Zukunft, ein Soldat der Revolution, ein Retter der Menschheit vom Joch des Kapitalismus ins Grab.

Der Bahnwitz wird erst aufhören und der blutige Spul der Hölle wird verschwinden, wenn die Arbeiter in Deutschland und Frankreich, in England und Rußland endlich aus ihrem Rausch erwachen, einander brüderlich die Hand reichen und den bestialischen Chor der imperialistischen Kriegshelger wie den heiseren Schrei der kapitalistischen Spänen durch den alten mächtigen Schlafruf der Arbeit überdonnern: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Noch ein solcher Weltkrieg, und die Ausichten des Sozialismus sind unter den von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmern begraben. ... Das ist ein Attentat nicht auf die bürgerliche Kultur der Vergangenheit, sondern auf die sozialistische Kultur der Zukunft, ein tödlicher Streich gegen diejenige Kraft, die die Zukunft der Menschheit in ihrem Schoße trägt und die allein die kostbaren Schätze der Vergangenheit in eine bessere Gesellschaft hinüberveretten kann. Hier enthüllt der Kapitalismus seinen Totenschädel, hier verrät er, daß sein historisches Daseinrecht verdirrt, seine weitere Herrschaft mit dem Fortschritt der Menschheit nicht mehr vereinbar ist.

Der alte Herr.

Die Verhandlung am Donnerstag beginnt mit einem Zwischenfall. Ein Antrag Davidsohn fordert von Scheidemann, daß er vor seinem Referat Auskunft darüber gebe, ob deutsche Truppen, darunter die eiserne Division, im Kampf gegen Esten und Letten stehen. Die unbequeme Antwort wird abgewandt, nachdem Scheidemann erklärt hat, daß er nicht informiert sei und trotzdem Krätzia mitteilt, daß er schon vor zwei Tagen ein Telegramm der leitenden Regierung aus Kopenhagen, worin die Tatsachen mitgeteilt werden, an Noske weitergegeben habe, der also Zeit gehabt hätte, sich zu informieren. Obgleich Noske zugegen ist, wird der Antrag von der großen Mehrheit des Parteitag unter Rufens des Unwissens abgelehnt.

Darauf nimmt Scheidemann das Wort zu seinem Referat über die Aufgaben in der Republik. Er beginnt mit der etwas idealen Erklärung, daß er bereit sei, jederzeit von seinem Posten zurückzutreten. Verteidigung, Festigung und Ausbau der Demokratie seien zunächst die großen Aufgaben. Diejenigen, die die Demokratie aufgeben, die die völlige Gleichberechtigung aller nicht wollen, seien keine Sozialdemokraten mehr. Und es sei recht, daß sie sich Kommunisten nennen. Aber auch bei den Unabhängigen seien viele, die die politische Räteherrschaft wollten, die Verneinung der Demokratie.

Dann sucht Scheidemann mit vielen Worten das Gedankensystem zu revidieren. Er umschließt die entscheidende Frage, ob es vom sozialistischen Standpunkt aus zu rechtfertigen war, daß die rezierenden Sozialisten in systematisch die Arbeiterklasse entworfen und die Bourgeoisie bewaffnet hat, um mit vielen Redensarten zu erklären, daß Gewalt mit Gewalt bekämpft werden müsse, daß die Rechtssozialisten auf Gewalt verdrängen würden, wenn ihre Gegner das gleiche täten und dergleichen. Und ebenso waren es bloß Redensarten, die er über die Frage des Sozialismus machte. Da konnte man klar erkennen, daß der Redner gar keine deutliche Vorstellung davon besitzt, welches die Aufgaben einer wirklich sozialistischen Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete wären. Er erzählt die langen von den Schwierigkeiten der Sozialisten, er sprach aber kein Wort davon, wie diese Schwierigkeiten zu überwinden wären. Mit gutem Grund; denn in Wirklichkeit werden die rechtssozialistischen Minister im Verein mit der Bourgeoisie in Zukunft ebensowenig diese Schwierigkeiten überwinden wie bisher.

Der Parteitag aber war anscheinend befriedigt und spendete großen Beifall.

Nun erhält Bernstein das Wort zu seinem Referat über die auswärtige Politik. Er findet sofort heftigen Widerspruch, als er sich kritisch zur Kriegspolitik der Partei stellt und betont, daß der 3. und 4. August 1914 die schwärzesten Tage seines politischen Lebens sind. Sein Bestreben, den Gegnern gerecht zu werden, die Schuld Deutschlands am Kriege anzuerkennen, die Friedensbedingungen der Entente gerecht zu würdigen, erregt immer wieder Stürme des Widerspruchs. Als er erklärt, daß selbst Scheidemann anerkennt, daß neun Reihel der Ententebedingungen notwendig sind, steigert sich der Widerspruch zum Orkan. Er schließt seine Ausführungen unter Schwadmer Beifall eines Teiles des Parteitaags.

In der Debatte wenden sich die meisten der Redner heftig gegen ihn. Vor allen Dingen Otto Braun vom Parteivorstand, der erklärt, niemand wäre weniger geeignet zu solchen Vorkhaltungen über die Kriegspolitik der Partei als gerade Bernstein mit seiner Vergangenheit. Selbst wenn Bernstein überreue sei, daß neun Reihel der Ententebedingungen gerecht seien, dürfte er das hier nicht sagen. Stürmische Zustimmung erfolgte hierbei. Ein

Rosa Luxemburg.

Die Tote an die Lebenden.

Was Rosa Luxemburg im Weltkrieg dem Proletariat anfeuernd und mahnend zuzuführen, das sei hier, weil es noch heute in teilweise veränderter Situation lebendige Geltung hat, in knappen Auszügen wiedergegeben aus ihrer feinerzelt verbotenen gemeinsamen Junius Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“.

Die Vorbereitungen von Massenaktionen.

„Was sollte unsere Partei tun, um ihrer Opposition gegen den Krieg Nachdruck zu verleihen? Sollte sie den Massenstreik proklamieren? Oder zur Dienstverweigerung der Soldaten aufrufen? So wird gewöhnlich die Frage gestellt. Eine Bejahung solcher Fragen wäre genau so lächerlich, wie wenn die Partei etwa befehlen wollte: „Wenn der Krieg ausbricht, dann machen wir Revolution.“ Revolutionen werden nicht „gemacht“, und große Volksbewegungen werden nicht mit technischen Rezepten aus der Tasche der Parteiführer hervorgezaubert. Kleine Verwicklungen können für einen bestimmten Tag und Stunde einen Aufschub vorbereiten, können ihren paar Tausend Anhängern im nötigen Moment das Signal zum „Losgehen“ geben. Massenbewegungen in großen historischen Augenblicken können mit dergleichen primitiven Mitteln nicht geleitet werden. Der „bevorbereitete“ Massenstreik kann unter Umständen fuhren, wenn ein Parteivorstand zu ihm „das Signal“ gibt, nämlich verlagern oder nach einem ersten Anlauf platz zu Boden fallen. Ob große Volksbewegungen und Massenaktionen, sei es in dieser oder jener Form, wirklich stattfinden, darüber entscheidet die ganze Menge ökonomischer, politischer und psychischer Faktoren, die jeweilige Spannung der Klassengegenstände, der Grad der Aufrüstung, die Reife der Kampfstimmung der Massen, die unerschöpfbar sind und die keine Partei künstlich erzeugen kann. Das ist der Unterschied zwischen den großen Krisen der Geschichte und den kleinen Paradoxiaktionen, die eine gutbürgerliche Partei in Frieden sanfter nach dem Taktik der „Anfragen“ ausführen kann. Die geschichtliche Stunde heißt jedesmal die entsprechenden Formen der Volksbewegung und schafft sich selbst neue, improvisiert vorher unbekannte Kampfmittel, sichtet und bereichert das Arsenal des Volkes, unbeschämter um alle Vorurteile der Parteien.

Was die Führer der Sozialdemokratie als der Vorhut des Klassenbewußten Proletariats zu geben hatten, waren also nicht lächerliche Vorschriften und Rezepte technischer Natur, sondern die politische Lösung, die Klarheit über die politischen Aufgaben und Interessen des Proletariats.

Die Internationalität der Arbeiterbewegung.

Sucht man sich nun die schlimmsten Ergebnisse einer Niederlage vorzustellen, so sind sie — ausgenommen die im-

peralistischen Annesionen — Zug um Zug demselben Bilde ähnlich, das sich als unabwendbare Konsequenz aus dem Siege ergab: die Wirkungen der Kriegführung selbst sind heute so tiefgreifend und weittragend Natur, daß an ihnen der militärische Ausgang nur wenig zu ändern imstande ist.

Doch nehmen wir für einen Augenblick an, der siegreiche Staat verstände dennoch, den größeren Ruin von sich ab- und dem besiegten Gegner aufzuwälzen, dessen wirtschaftliche Entwicklung durch allerlei Schamisse einzufahren. Kann die deutsche Arbeiterklasse in ihrem gewerkschaftlichen Kampf nach dem Kriege erfolgreich vorwärtskommen, wenn die gewerkschaftliche Aktion der französischen, englischen, belgischen, italienischen Arbeiter durch wirtschaftlichen Rückschlag unterbunden wird? Bis 1870 Schritt noch die Arbeiterbewegung in jedem Lande für sich, ja, in einzelnen Städten fielen ihre Entschlüsse. Es war Paris, auf dessen Pfahle die Schlachten des Proletariats geschlagen und entschieden wurden. Die heutige Arbeiterbewegung, ihr mühsamer wirtschaftlicher Tageskampf, ihre Massenorganisation sind auf Zusammenwirkung aller Länder der kapitalistischen Produktion basieren. Mit der Zeit, daß nur auf dem Boden eines gesunden, kräftig pulsierenden wirtschaftlichen Lebens die Sache der Arbeiter gedeihen kann, dann gilt es nicht bloß für Deutschland, sondern auch für Frankreich, England, Belgien, Rußland, Italien, und hagniert die Arbeiterbewegung in allen kapitalistischen Staaten Europas, bestehen dort niedrige Löhne, schwache Gewerkschaften, geringe Widerstandskraft der Ausgebuiteten, dann kann die Gewerkschaftsbewegung unmöglich in Deutschland blühen. Von diesem Standpunkt aus ist es für die Lage des Proletariats in seinem wirtschaftlichen Kampfe in letzter Rechnung genau derselbe Verlust, wenn der deutsche Kapitalismus auf Kosten des französischen oder der englische auf Kosten des deutschen gestärkt wird.

Gegen den Krieg!

Die wichtigste Lehre für die Politik des Proletariats aus dem heutigen Kriege ist deshalb die unerschütterliche Tatsache, daß es sich weder in Deutschland noch in Frankreich, weder in England noch in Rußland noch in Italien, weder in Belgien oder Niederlande machen darf, einer Lösung, die einzig vom Standpunkte des Imperialismus realen Gehalt hat und für jeden Großstaat mit der Frage Erwerb oder Verlust der weltpolitischen Vorherrschaft identisch ist. Für das europäische Proletariat im ganzen sind heute von seinem Klassenstandpunkt Sieg und Niederlage jedes der kriegführenden Lager gleich verhängnisvoll. Es ist eben der Krieg als solcher und bei jedem militärischen Ausgang, der die denkbar größte Niederlage für das europäische Proletariat bedeutet, es ist die Niederlage des Krieges und die schleunige Erzwingung des Friedens durch die

Die obengenannten Körperchaften erblicken in den Freiwillingen willigen Truppen und ihren Führern nach wie vor die besten Repräsentanten der Gegenrevolution. Sie lehnen jede Gemeinschaft mit diesem neubourgeoisem Militarismus ab, der Ströme von Arbeiterblut vergossen hat. Die revolutionäre Arbeiterschaft weiß, daß sie in ihren Kämpfen für Sozialismus und Freiheit keinen schlimmeren Gegner hat als die Säulenkruppen, die Offizierskamarilla und den Reichswehrminister Noske.

Berlin, den 12. Juni 1919.

Ungenügende Rechtfertigung.

Aus Bamberg wird folgende Meldung verbreitet: Unter Bezugnahme auf die Angriffe, die die sozialdemokratischen Mitglieder des Ministeriums wegen dessen Stellungnahme im Falle Leviné erfahren müssen, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß der Ministerratbeschluss über die Reichswehrstreckung an Leviné in Abwesenheit und ohne Möglichkeit der vorherigen Verhandlung des Ministerpräsidenten, der sich zum Besuch seiner kranken Frau in der Schweiz befand, gefaßt wurde, und daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Ministerrates gegen die Bestätigung des Todesurteils gestimmt haben.

Es ist auffällig, daß diese Erklärung erst jetzt erfolgt, obwohl bereits seit mehr als einer Woche die sozialdemokratischen Mitglieder des bayerischen Kabinetts wegen der Bestätigung des Todesurteils aufs schärfste angegriffen werden. Dies zeigt zur Genüge, daß erst die öffentliche Kritik ihres Verhaltens diesen „Sozialdemokraten“ das Bewußtsein beigebracht hat, daß die Öffentlichkeit ein Recht hat, über die Vorgänge im Ministerrat, die zur Bestätigung des Todesurteils führten, unterrichtet zu werden.

Es wäre unter allen Umständen Pflicht: diesen „Sozialdemokraten“ gewesen, mindestens darauf zu drängen, daß die Beschlußfassung über das Todesurteil solange hinausgeschoben würde, bis eine von den Leidenschäften getriebene Erwägung die Bestätigung eines solchen Todesurteils unmöglich gemacht hätte. War das aber durch das Verhalten der bürgerlichen Mehrheit des Kabinetts unmöglich, so war es ihre Pflicht, durch sofortige Bekanntgabe dieser Haltung sowie des Abstimmungsverhältnisses und durch die Erklärung, daß Sozialdemokraten keinem Kabinett angehören können, das ein Todesurteil vollstreckt, die Öffentlichkeit zu alarmieren, um dadurch zu versuchen, die Vollstreckung des Todesurteils unmöglich zu machen.

Beides haben diese Herren nicht getan. Sie können deshalb nicht verlangen, daß ihre Abstimmung als völlig ehrlich gemeint angesehen wird; um so weniger, als ihr Verhalten den Verteidigern und der alten Mutter Levinés gegenüber den Verdacht einer aktiven Mitschuld verstärkt hatte.

Im übrigen zeigt der ganze Fall, wie weit in Bayern bereits die Verbindung des Bürgerturns mit der Reaktion gediehen ist und wie die Sozialisten nur noch dazu da sind, einer reaktionären Herrschaft den Anschein demokratischer Tendenzen zu geben.

„Erfindung?“

Unsere gestrigen Mitteilungen über die streng vertrauliche Sitzung des Bürgerturns Groß-Berlin, in welcher zum sofortigen Bürgerstreik und zum bewaffneten Loschlagen Stellung genommen wurde, wird von der B.P.R. als Erfindung bezeichnet. Die B.P.R. behaupten, daß nur Richtlinien für einen eventuellen notwendigen Abwehrstreik ausgegeben worden seien und

Das Recht auf Revolution.

Aus Friedrich Adlers Verteidigungsrede vor dem österreichischen Untersuchungsgericht sei hier eine bemerkenswerte Stelle wiedergegeben, die dem als Redner bei Paul Cassirer erschienenen Renographischen Reichsüberhandlungsprotokoll aufgenommen ist.

„Ich behaupte es ist immer der Meinung, daß das gewalttätige Töten von Menschen untermenschlich ist und daß alle noch in der Zeit der Barbarei leben, da wir gezwungen sind, Menschen zu töten. Ich bin mit meinen Freunden einverstanden. Der Krieg ist untermenschlich. Und ich leugne nicht: Die Revolution ist auch untermenschlich. Solange es nötig ist, Menschen zu töten, muß man Menschen miteinander durch die Welt höher kommen in der Welt, solange leben wir in einer Zeit der Barbarei, der Untermenschlichkeit. Unsere Auffassung ist immer gewesen: Wir verabscheuen den Mord, die gewalttätige Tötung von Menschen, denn wir arbeiten, wie unser Meister Marx gesagt hat, in der Deklaration der Internationalen des Ausdrucks des siebenjährigen Krieges — für eine neue Gesellschaft, die nach innen keine andere Politik kennt als die Arbeit, weil sie nach außen keine andere Politik hat als den Frieden. Das war das, was uns immer erfüllt hat, das war unser Programm. Aber trotzdem ich auf diesem Standpunkt stehe, weiß ich, daß wir nicht Utopisten sein dürfen, aber wir dürfen es nicht der Täuschung hingeben, daß diese Gesellschaft schon da ist. Wir müssen uns klar sein und uns danach orientieren, daß wir noch in der Barbarei leben und unser Verhalten in allen Fragen danach einrichten, um aus dieser Welt der Barbarei herauszukommen. Sicher, wir wollen die neue Gesellschaft, die Gesellschaft ohne Mord und Gewalttat, aber wir müssen alle Mittel anwenden, um zu ihr zu gelangen. Denn ebenso, meine Herren, wie Sie überzeugt sind — und der Herr Staatsanwalt hat es Ihnen so eindringlich gesagt —, daß die Söhne des Landes — und es sind ja nicht nur Söhne, sondern leider auch schon Töchter — ihre Leben hingeben und andere Leben auslöschen müssen, ebenso wie dies: sich einsehen mit ihrem ganzen Sein für das, was sie als Recht erkannt haben, ebenso wie diese sich nicht scheuen lassen, sondern auch töten, ebenso, sage ich, müssen Sie töten, daß wir unser Leben einbringen haben für unsere Sache, um aus der Gesellschaft der Barbarei, in der wir leben, auszulommen. Und wenn man diese Frage bejaht, dann ist nur berechtigt der Krieg, dann ist auch berechtigt die Revolution.“

Minister Reinhard an der Sitzung teilgenommen habe.

Ungarns Antwort auf das Ultimatum.

Budapest, 10. Juni. Die ungarische Regierung... Die ungarische Regierung... Die ungarische Regierung...

Sozialdemokratischer Parteitag.

3. Verhandlungstag. Nach dem Zwischenfall ergreift Scheidemann

Ich möchte den Minister sehen, der heute nicht bereit ist, über die mit einem Uffl der Erleichterung seine sieben...

Auch gegen rechts muß die Sozialdemokratie auf der linken Seite zur Verteidigung der teuer erkaufte Demokratie...

Das Korreferat erstattet Ed. Bernstein:

Unsere auswärtige Politik ist wichtig wegen ihrer Rückwirkung auf die sozialistische Internationale. Bedauerlich ist der starke Einfluss...

open Menschen wä... nicht verdrängt. (Stürmischer Widerspruch und lautes Lachen...)

Wichtiger als die Sprache ist die politische Gesinnung und da sagen gute Kenner des Ostens: Nur keine Volksstimmung, sie...

Die Diskussion.

Ueber beide Vorträge wird gemeinschaftlich diskutiert. Scholz-Berlin: Jetzt kurz vor dem Abschluß des Verfallers...

Woll Braun-Rürnberg: Die Rede Bernsteins ist mir zu befehen, wenn man weiß, daß er von sozialistischer Politik nichts...

Gerhard Müller (Parteiobmann): Snowden hat den Friedensvertrag als Schandtat bezeichnet. Wir denken nicht daran...

Genossin Franz-Oberschlesien: Bernsteins hat unverantwortlich geredet. Wenn Bernsteins das Verfallers Entourage sollen...

Genossin Franz-Oberschlesien: Bernsteins hat unverantwortlich geredet. Wenn Bernsteins das Verfallers Entourage sollen...

Genossin Franz-Oberschlesien: Bernsteins hat unverantwortlich geredet. Wenn Bernsteins das Verfallers Entourage sollen...

Genossin Franz-Oberschlesien: Bernsteins hat unverantwortlich geredet. Wenn Bernsteins das Verfallers Entourage sollen...

sticht im scharfen Gegensatz zu dem Wirken von Bernsteins und...

Roske gibt eine Erklärung ab, in der es heißt, daß wir uns durch die Entente nicht zwingen lassen, unsere Truppen in...

Nach der Mittagspause wird die Debatte fortgesetzt. Nummer-Beipzig: Für den Wahrheitsakt mit der...

Nach weiteren Ausführungen von Reich-Stuttgart und Ochs-Sagan wird ein Schlusstratagium angenommen. Ein Zusatzantrag...

Nach den Schlussworten von Bernsteins und Scheidemann und persönlichen Bemerkungen wurde der Zusatzantrag...

Mingelhöfer verurteilt.

München, 12. Juni. Vom Landgericht München wurde der ehemalige Student der Nationalökonomie...

Gewerkschaftliches.

Der Schiedspruch im Holzgewerbe von den Unternehmern abgelehnt.

Die Generalversammlung der Tischlermeister und Holzindustriellen Groß-Berlins...

Die Arbeitgeber erklären sich bereit, über die Höhe der Lohnzuschlägen...

Infererseits wurde noch beim Reichsamt der Antrag gestellt, den Schiedspruch...

Weitere Ausplung der Lohnbewegung im Bauhofbauhandel. Da die Verhandlungen...

Streik bei Silberbrand. Das gesamte Personal der Firma Silberbrand...

Post- und Telegraphenarbeiter, die auf dem Boden der U. S. P. stehen...

Pulverfabrik Spandau. Sämtliche Pulverarbeiter, auch die Entlassenen...

Die Welt-Literatur. Nummer 23. Diese Woche neu! Lena Christ Lausdirndlgeschichten. Ueberall für 25 Pfa. zu haben.

6. Wahlkreis. U. S. P. D.

Dreitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr:

Öffentliche Volksversammlung

in den Pracht-Sälen Moabit, Welestr. 24.

Tagesordnung: „Vom 9. November bis heute“.

Referent: Rechtsanwalt Genosse Hugo Haase.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin, N. 54, Linienstr. 83-85.
Verhandlungen von 9-11 Uhr und 4-7 Uhr. Vom 16. Juni ab von 9-4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 183, 1259 1957, 9714.

Dienstag, den 17. Juni 1919:

Bezirks-Versammlungen

für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:

- Norden: Bharus-Säle, Müllerstr. 142, abends 6 Uhr
- Norden: Brauerei Pfefferkorn, Sadowitzer Allee 178, abends 7 Uhr
- Moabit: Schulaula, Köstener Straße 32 (Neuwahl des 1. Bezirksleiters), abends 7 Uhr
- Westen, Schöneberg, Steglitz: Lokal wird noch bekannt gemacht
- Vichtenberg: Aula des Realgymnasium, Parkau, abends 7^{1/2} Uhr
- Straßen-Viertel: Blume, Alt-Bogdano 56, abends 7 Uhr
- Weißensee: Zum Pralaten, Berliner Allee (Edelebergr.), abends 8 Uhr
- Südendörfer: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer (Restaurant), abends 8 Uhr
- Neukölln: Kndl-Brauerei, Hermannstr., abends 8 Uhr
- Ziegel, Reinickendorf-West: Glammann, Reinickendorf, Schillingstraße 34, nachmittags 4 Uhr
- Oberschöneberg, Niederschöneberg, Johannisthal u. Umgegend: Aula der Schule Frischstr. 8, abends 7 Uhr
- Röpenitz, Friedrichshagen: Conradts Beisale, Friedrichshagen, Friedrichstraße 137, abends 7 Uhr

am Montag, den 16. Juni:

- Charlottenburg: Volkshaus, Köpenickerstr. 4, abends 7 Uhr
- Osten u. Nordosten: Commentus-Säle, Kemeler Str. 67, abends 8 Uhr
- Spandau: Germania-Säle, am Strosow-Platz, abends 8 Uhr

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Stellungnahme zu der außerordentlichen Generalversammlung am 22. Juni d. J.
2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Achtung! Schiede! Achtung!

Sonntag, den 15. Juni 1919, vormittags 9 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Schmiede

in der Aula des Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstraße 15.

Tagesordnung:

1. Bericht über die am 2. Juni 1919 stattgefundenen Verhandlungen über das Lohnabkommen.
2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 15. Juni 1919, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Bauanschläger

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 3).

Tagesordnung:

1. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.

Achtung! Achtung!

Im Auftrage der Generalversammlung beschließt die Verwaltung: Die Geschäftszeit wird mit dem 16. Juni auf 9 bis 4 Uhr durchgehend gelegt.

Ausnahmen davon macht die Besondere Stelle des Schlichtungsausschusses, in der Auskunft von 11 bis 2 Uhr erteilt wird.

Die Bureauzeit der Bibliothek ist Montag und Sonnabend von 9 bis 1, Dienstag und Freitag von 9 bis 7 Uhr, Mittwoch und Donnerstag von 9 bis 4 Uhr.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Ortsgruppe Groß-Berlin

Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr

in den Germania-Sälen, Chausseest. 120

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Geschäfts- u. Jahresbericht vom 1. Qu. 19, sowie Berichterstattung der verstorbenen Mitglieder. 2. Neuwahl der Revisoren. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr

Öffentliche Bezirksversammlung

im Cafe Bellevue, Hauptstraße 2.

Die wichtigste Tagesordnung macht das Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen erforderlich. Rufzeichen unser Mitglieder: 2. S. Willi Engel.

Volkswirtschaftler

sucht Mitarbeit an Parteizeitungen, Ueberrimmt auch Ausarbeitungen für Gemeindeverwaltungen. Zuschr. unt. H. U. 4505 an Rudolf Mosse, Hamburg.

Von der Beschlagnahme freigegeben sind die Sittenromane von Joaquinthe Marés:

Lilli
Ein Sittenbild aus Berlin W.
Preis gebunden M. 5.-, vornehm gebunden M. 9.50.

Lillis Ehe
Ein Sittenbild.
Preis gebunden M. 5.-, vornehm gebunden M. 9.50.

..... ebenso glänzende wie wahrheitsgetreue Schilderungen der Verhältnisse, in denen die Jugend von Berlin aufwächst und moralisch und physisch zu Grunde geht.

Ferner ist von der Verlagsfirma soeben erschienen:

Das große Unrecht
Aufzeichnungen eines Frauenarztes.
Preis gebunden M. 5.50, vornehm gebunden M. 11.-

Nicht mit Unrecht wird von der Presse das Werk als ein Stück ins Wespennest gekennzeichnet.

Von Joaquinthe Marés sind ferner erschienen:

Seine Beichte
Der Roman eines Lebemanns.
Preis gebunden M. 7.50, vornehm gebunden M. 9.50.

Begierde
Ein Roman aus der Zeit vor dem großen Krieg.
Preis gebunden M. 7.50, vornehm gebunden M. 9.50.

Mütterreigen
Sehr ernste Geschichten.
Preis gebunden M. 7.50, vornehm gebunden M. 9.50.

Sämtliche Werke sind einzeln oder zusammen in beziehen durch:

Vogler & Co., Berlin W. 9, Köpenicker Str. 27, Abt. 2.

Achtung für Neukölln!

Zur Beerdigung unserer Genossin Rosa Luxemburg am 13. Juni trifft sich die gesamte Bezirksverwaltung 5 Uhr Reinickendorf-West, Schwanen-, Ecke Lohmstrasse.

Achtung! Achtung! K. P. D.

15. Bezirk-Spartakusbund

Zur Beerdigung unserer Genossin Rosa Luxemburg am 13. Juni trifft sich die gesamte Bezirksverwaltung 5 Uhr Reinickendorf-West, Schwanen-, Ecke Lohmstrasse.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Hühnerplatz, Direction Friedrich Kayser, 7^{1/2} Uhr: 5 Jungfrauen.

Opernhaus 7 Uhr: Rheingold. Diech. Holz.

Schauspielhaus 7 Uhr: Othello. Dr. Bruck.

Rönngräzter Straße Heute Geschlossen. Sonntag 7 Uhr 4^{1/2} Male: Der Hauptling.

Satyrspiel in 3 Akten v. P. Abel. (Alfred Abel, Mathilde Brandt, Ernst Dernburg, Grete Dieckhoff, Alexander Eckert, Werner Hollmann, Max Jungk, Rich. Leonold, Ernst Pröckl, Otto Schüller, Reinhold Schminckel).

Komödienhaus an der Marschallbrücke. Gastspiel: Lucia Hülich u. Ludo. Harto.

Liselott von der Platz. 7^{1/2} Uhr: Die tolle Komik.

Berliner Theater 8^{1/2} Uhr: Die tolle Komik.

Deutsches Theater Abends 8^{1/2} Uhr: Die tolle Komik.

Kammerspiele Abends 7^{1/2} Uhr: Leopoldine Konstantin in Elfersucht.

Kleines Schauspielhaus 8^{1/2} Uhr: Die Büchse der Pandora.

Lossing-Theater Sommerpielzeit. Leitung: Hans Sternberg. Gastspiel: Guido Thielen. 8^{1/2} Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theat. Sommerpielzeit. Direction: Max Adalbert-Kurt Götz. Abends 7^{1/2} Uhr: Die Rutschbahn.

Theater des Westens

Allabendlich 7^{1/2} Uhr: Die Geisha.

Neues Operettenhaus. Director: Jean Kraus. Täglich: Abends 7^{1/2} Uhr: Die Dame vom Zirkus.

Residenz-Theater. Direction: Dr. Eugen Robert. Allabendlich 8^{1/2} Uhr: Das höhere Leben.

Rose-Theater 7^{1/2} Uhr: Ehe-Urlaub. 7^{1/2} Uhr: Gartenblume. Das sieht sich jeder an. Vorher Konzert und erstklassige Spezialitäten.

Walhalla-Theater 7^{1/2} Uhr: Kleine Skavia.

Casino-Theater. Lothringstr. 37. Tägl. 7^{1/2} Uhr: Nur noch bis diesen Sonntag: Der selbige Nollschinski u. d. gr. Spezialität-Programm Sonntag Nachm. 3^{1/2} Uhr: Du ahnst es nicht. Ab Montag 17. Juni geschlossen.

Wintergarten täglich 7^{1/2} Uhr: Varietevorstellung. Paraden gestaffelt.

Elite-Sänger ehem. Mitglieder der Stimmengesänge: Russell, Horst, Seidel etc. Humor. Spiel. Sommerpreise! im Garten: 8 Bühnen-Konzert.

Wann's Waldschloß in Schöneberg. Tel.: Friedrichshagen 66. Jeden Sonntag Tanz.

Wann's Waldschloß in Schöneberg. Tel.: Friedrichshagen 66. Jeden Sonntag Tanz.

Wann's Waldschloß in Schöneberg. Tel.: Friedrichshagen 66. Jeden Sonntag Tanz.

Wann's Waldschloß in Schöneberg. Tel.: Friedrichshagen 66. Jeden Sonntag Tanz.

Vergnügungs-Palast „Groß-Berlin“

früher: Allems festsaal
Kasenheide 13-15 Direction: Karl Knoppe
täglich: das wirklich phänomenale, vom Publikum und Presse und als ganz hervorragend bezeichnete

Eröffnungs-Programm

Anfang Wochentags 5^{1/2} Uhr, Sonntags 4 Uhr.
In den Pracht-Sälen:
Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag

Großer Ball

bei verstärktem Orchester.
Anfang Sonntags 4 Uhr, Wochentags 6^{1/2} Uhr.

Motorboot-Partie

nach Grünheide Alt Buchhorst durch die idyllisch gelegene Löcknitz
am Sonntag, den 15. und 22. Juni.
Abfahrt 19 Uhr von der Schiffsbrücke (Böhmerwald). Hin- u. Rückfahrt 8 Mark. Schuber, Lichtenberg, Leopoldstr. 26.

Fortuna-Lichtspiele

Müllerstraße 12 c.
3. Teil Der Hund von Baskerville.
Tscherkessenblut.
Ein Drama von Liebe und Leidenschaft. Bis Donnerstag täglich 7^{1/2} Uhr.

ROSA LUXEMBURG

sogen. Janus-Broschüre
„Die Krise der Sozialdemokratie“

Leitartikel über die Aufgaben der Internationalen Sozialdemokratie erscheint am 17. Juni 1919. Preis Mk. 1.50 (Porto 15 Pfg.)

A. Hoffmann's Verlag G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22 1. Fernsprecher: Alexander 2270. — Postcheck Berlin 1891.

PIANOS, FLÜGEL neu und gebraucht

Römhildt A.-G., Leipziger Str. 119/120

Heil-Anstalt „Lüser“

Hün'str. 9, nahe Alexanderplatz
Modernes Ambulatorium. Licht- und Eisen-Institut, Inhalatorium, Gurgelkabinen, Elektrische und Medicinische Säder, Institut für Diagnostik und Therapie. Harn- und Blutuntersuchungen.

Als Verlobte empfing

Margarete Reichardt Max Pfeifer. Pflanzl. 1919, Berlin O. 27, Simpsonstr. 4.

Nach kurzem Leben starb mein lieber Lebensgenosse, A. Reichardt, am Dienstag vormittag 11 Uhr im 50. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Best. Sonntag, den 16. Juni, um 10 Uhr, in der Kapelle des Friedhofs Friedhof am West. Bestattung am West. Bestattung am West. Bestattung am West.

Ledebour vor den Geschworenen

Warnung.

Am Freitagmorgen wurde dem Genossen Ledebour von dem Direktor des Untersuchungsgefängnisses Moabit die Mitteilung gemacht, er sei amtlich verständigt worden, daß in diesen Tagen abermals die gewaltsame Befreiung Ledebours aus dem Gefängnis betrieben werde.

Das veranlaßt die Unterzeichneten im Einverständnis mit dem Genossen Ledebour, die dringende Warnung an alle Parteigenossen zu erneuern, sie möchten unter keinen Umständen sich zu einem solchen törichtem Streich verleiten lassen.

Die Befreiung würde nur zur schweren Schädigung Ledebours und unserer gemeinsamen Sache führen. Ledebour hat wiederholt erklärt, daß er Wert darauf legt, die Verhandlungen möglichst gründlich zu Ende zu führen. Eine gewaltsame „Befreiung“ würde das durchkreuzen.

Wenn trotzdem Leute immer und immer wieder die Parteigenossen zu solchen törichten Ausschüben verleiten, so liegt die Vermutung nahe, daß man es da mit einer Spionhunde zu tun hat.

Dr. H. Herzfeld, Obuch. Dr. Kurt Rosenfeld.

Sechzehnter Verhandlungstag.

Die Verhandlung beginnt mit der weiteren Vernehmung des ehemaligen Volksbeauftragten Dittmann. Staatsanwalt Dr. Müller stellt die Frage, wie unter dem Titel Volksbeauftragter er einem anderen eine Mehrheitsbildung zuwege kam und ob Dittmanns Parteigenossen in der Regierung die Entscheidungen der Gegenseite die Wage gehalten hätten. — Zeuge: In den wichtigsten Fragen gingen die drei Rechtskonsulten und die drei Unabhängigen meistens konform, in den schwierigeren Fragen kam es vor, daß der eine oder der andere Unabhängige oder Rechtskonsult eine andere Meinung vertrat.

Ledebour erklärt, daß ihm diese Frage des Staatsanwalts sehr wichtig sei, was er schon angenommen habe, absolute Klarheit gebe. Die Antwort Dittmanns gehe deutlich, daß ein so zusammengesetztes Kabinett ein Hindernis sei, das nach kurzer Zeit auseinanderfallen müsse; ein Antrag von der einen oder anderen Seite, bei dem sich die beiden Teile geschieden gegenüberstünden, sei so leicht möglich worden. Auf die Frage des Rechtskons. Dr. Herzfeld, ob nicht Ledebour abgelehnt habe, in das Kabinett zu kommen, weil die Mehrheitskonsulten einzuwirken, erwidert der Zeuge: „Nein, das ist richtig. Ledebour sei in der Proklamierung der Unabhängigen worden, habe aber abgelehnt. Dagegen sei Ledebour erst am nächsten Morgen, nachdem er mit seinen Parteigenossen gesprochen habe, aus der Regierung ausgetreten, zu dem Zeitpunkt am Abend des 9. November geblieben.“

Rechtskons. Dr. Herzfeld: Sie sprechen doch von einer Befreiung des Marschalls am 11. Dezember, die auf Befehl der Regierung erfolgt sei. Ist nicht am Abend des 10. Dezember der Befehl gegeben worden, keine Waffen anzuwenden? — Zeuge: Die Befehle sollten den Soldaten zum Marschall abgelesen und dann die Waffen empfangen, da sie ihn jedoch in der Weichselstraße in der Kommandantur abgaben, haben die Rechtskonsulten den Befehl, das Gewehr zu befehlen. Wir erfuhrten davon erst am 17. Dezember. — Der Zeuge behauptet weiter, daß auch die Frage der abgeleiteten Kommandogewalt, die von dem Volksbeauftragten ausgeübt werden sollte, aber dem Kriegsministerium übertragen werden könne, auch eine wesentliche Frage für das Ausschließen der Unabhängigen gewesen sei. Im übrigen hätten die Unabhängigen gefürchtet, daß solche Dinge, wo

ihnen ihr Vorwissen der Befehl zum Schießen gegeben werde, sich wiederholen würden. Es habe sich herausgestellt, daß unter dem Einfluß des Großen Hauptquartiers Oberl. Scheidemann und Landberg die Frage hinausgeschoben verlaufen.

Dittmann vertritt nunmehr die acht Fragen, die von den Unabhängigen dem Reichsrat vorgelegt worden sind und in denen es um den Verbleib der rechtskonsultischen Kabinetsmitglieder geht. Die teilweise ungenügende Bemerkung sei ebenfalls ein Grund zum Austritt aus der Regierung gewesen. Die Antwort des Staatsanwalts, ob die Befehle für Ruhe und Ordnung sorgen würden, sei durch den Kontakt mit der Regierung erledigt gewesen. Selbstverständlich haben sie als Kabinetsmitglieder für Ruhe und Ordnung eingesetzt.

Ledebour: Aus der Aussage des Zeugen geht hervor, daß nicht nur der Angriff auf Solowj und Marschall von den drei Rechtskonsulten einseitig beschlossen wurde, sondern daß auch

schon nach mehreren Tagen die Unabhängigen davon Kenntnis erlangten. Ist es dem Zeugen bekannt, daß ich im Auftrag der Volksmarinekommission während der Waffensuche von 10 Minuten am 14. Dezember Verhandlungen angeknüpft habe? — Zeuge: Das wurde uns am Mittag bekannt. Wir selbst haben auf Anfragen der Matrosen veranlaßt, daß die Genossen Tsch und Müller ebenfalls an den Verhandlungen teilnehmen. Der Vorsitzende des Reichsrats haben auch die Angehörigen des Reichsrats an den Verhandlungen aus eigener Initiative an den Verhandlungen teilgenommen. Erst nach Tagen erfuhrten wir, als wir von drei rechtskonsultischen Volksbeauftragten zur Rede gestellt, daß sie uns von dem Kommando verbannt hätten. Woher hatten sie uns verbannt, sie wußten nicht, wie die Dinge vor sich gegangen seien. — Rechtskons. Dr. Herzfeld: Das war also eine Erklärung, die mit den nachher bekannten Tatsachen im Widerspruch stand.

Dr. L.: Wir kommen jetzt zu den Vorgängen im Januar und die eventuelle Stellungnahme des Angeklagten zu denselben. — Zeuge: Die Arbeiter waren mit der Politik der Regierung befreit, wir wurden von unseren eigenen Parteigenossen befreit, wir wurden nicht länger aus der Regierung ausgeschlossen. In dem Maße, wie wir durch ihre Fäden in gewisser Hinsicht befreit wurden, weil wir durch ihre Fäden in gewisser Hinsicht befreit wurden. Die Entlassung des Berliner Volksgewaltigen Fischler wirkte besonders propagandistisch auf die Arbeiterklasse. Sie wirkte auch den Anlaß, daß in der Januarwoche der Berliner Arbeiter

die Arbeiter

die Arbeiter

die Arbeiter

die Arbeiter

die Arbeiter

bereit. Dr. Breitscheid, Natusch und ich sollten mit der Regierung, Dr. Müller, Gehr und Frau Siech mit den anderen Teile verhandeln. Gehr-Mausch erklärte sich bereit, bei der Regierung unsere Bemittelung anzuregen. Anfangs war die

zur Vermittlung ohne irgend eine Verbindung

bereit. Wir erfuhrten daß eine Sitzung unserer Vertrauensleute bereit war, die Vermittlung anzugehen. Die Bereitschaft der revolutionären Elemente und des Spartakusbundes war ebenfalls in einer Sitzung im Polizeipräsidium mit 61 gegen 10 Stimmen erklärt worden. Es wurde eine Sitzung in die Reichsleitung einberufen, beide Teile waren und die Verhandlungen zu leiten.

In der Verhandlung, in der ich den Vorschlag machte, zeigte sich, daß die Bereitschaft der Regierung zu Verhandlungen inzwischen fast geschwunden war. Ich erwiderte einen Waffensuchungsplan, wogegen sich die revolutionären Elemente und unsere Parteimitglieder bereit erklärten, und wir hatten folgende Forderungen auf:

1. Weideseitige Einstellung der Feindseligkeiten; 2. beiderseitige keine weitere Heranziehung von Truppen; 3. beiderseitige Abschließung der schon beschickten Truppen; 4. beiderseitige keine Heranziehung von Waffen und Munition.

Die Regierung erklärte, sie wolle

anwenden und von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen. Einen Waffensuchungsplan wollte die Regierung nicht abschließen. Ich gewann der Eindruck, daß Nothe, der nicht anwesend war, sich inzwischen heimlich Truppen beschickung



Es werden wieder Versuche von Demonstrationen und Putschversuchen drohen. Wir warnen die Arbeiter vor Lockpöbeln und Provokationen. Es ist selbstverständlich, daß die Polizei, die wir heute begeben, ernst und würdig verhalten wird.



Die Regierung erklärte sich zu solchen Bedingungen nur bereit, wenn vorher die höchsten Forderungen erfüllt wären. Da die revolutionären Elemente nicht die letzte Demonstration und der Hand geben wollten, die Regierung sich aber mit der Wiederaufhebung der Feindseligkeiten nach den Verhandlungen nicht zufrieden gab, erklärten die Revolutionäre, daß eine neue Situation geschaffen sei und sie sich erst mit ihren Auftraggebern in Verbindung setzen wollten. Sie protestierten gegen die Festsetzung des Offensivcharakteres durch die Regierungstruppen, wobei es zu Blauvergießen gekommen war. Am nächsten Tage erklärten die Revolutionäre sich zur Abmahnung der bürgerlichen Regierungen bereit, über die Frage des „Vorwärts“ sollten erst Verhandlungen geführt werden. Die Revolutionäre standen auf dem Standpunkt, daß

der „Vorwärts“ den Verlust Arbeitern gerückt

sei, wollten ihn jedoch am Schluß der fünftägigen Verhandlungen ebenfalls freigeben. Die Regierung verlangte, daß auch der „Vorwärts“ vor Eintritt in die Verhandlungen freigegeben werde. Die Revolutionäre verhandelten direkt mit dem Zentralrat, der ebenfalls die weitere Abmahnung zur Bedingung machte. Die Vermittler erklärten sich nunmehr außer Stande, ihre Tätigkeit weiter auszuüben. Ich selbst fuhr auf 10 Tage nach Ostpreußen, so daß ich die weiteren Vorgänge nicht konnte. In Wilhelmshaven hörte ich, daß Ledebour verhaftet sei. Ich hielt dies nicht nur für eine Verleumdung, sondern auch für ein Verlassen des Standpunktes, der von den Volksbeauftragten angenommen worden war. Bis zum Zusammenbruch der Nationalversammlung gab es keine legale Regierung. Eine Verhaftung aus politischen Gründen war daher etwas Absurdes. Selbst als feinerseit die Gewandstreifen Tschellen und Genossen verhaftet wurden, ist eine Untersuchungskommission eingesetzt worden. Der Zeuge behauptet dann weiter, daß Ledebour an den Verhandlungen auf Seiten der Revolutionäre teilgenommen und für eine Freigabe der bürgerlichen Regierungen plädiert habe. Die Befreiung habe überhaupt nicht im Plan der Revolutionäre gelegen, sondern sei spontan und ohne Sitzung erfolgt.

Von allen, mit denen er darüber gesprochen habe, sei ihm erklärt worden, daß Ledebour von Anfang an für die Vermittlung eingesetzt sei. — Zeuge: Der Zeuge sagte, die drei Volksbeauftragten seien erst zu Verhandlungen geneigt gewesen und erst am Abend habe sich ein Stimmungsumschwung bemerkbar gemacht. Was dem Zeugen damals schon bekannt, daß und von Fischer mitgeteilt wurde, daß um diese Zeit der Zeuge Fischer mit Soldaten — Soldaten ist wohl die euphemistische Bezeichnung für Offiziere — eine Ausrückung über die Situation gehabt habe und die Regierung vor die Alternative stellte, daß überhaupt nicht verhandelt würde? Fischer war die Christening der unethischen Operationen übertrug. — Zeuge: Ich persönlich erklärte mir den Stimmungsumschwung daraus, daß Nothe imputischen Truppen betrugungsbereit verfuhr. Daß Fischer dabei seine Hand im Spiele hatte, wußte ich nicht. Ich muß noch erklären, daß die Regierungsmittglieder, weil sie glaubten, die Revolutionäre hätten die militärische Oberhand,

über unsere Vermittlung sehr erfreut

waren. Erst nachher sind sie zu der Reduzierung gekommen, daß sie die Oberhand behalten würden.

Rechtskons. Dr. Herzfeld: Ist Ihnen bekannt, daß an das Kriegsministerium die telephonische Mitteilung gegeben wurde, das Ministerium ohne Übergang zu räumen? — Zeuge: Gehr-Mausch erklärte mir davon. Er sagte, dort würde geschossen, die Revolutionäre hätten die Oberhand und eine Vertreibung sei möglich. Dittmann erklärte weiter, daß bei den Verhandlungen immer nur von der Weideseitigkeit, nicht aber von der Abmahnung anderer Schritte die Rede gewesen sei. — Staatsanwalt Zumbroich: Ständen die damaligen Volksbeauftragten auf dem Standpunkt, daß das bestehende Staatsrecht aufgehoben oder nur die Exekutive über das Landesverbot veräußert werden müßten? — Dittmann: Es stand damals die Auf

hebung

die Arbeiter

die Arbeiter

die Arbeiter

die Arbeiter

die Arbeiter

Der Zeuge Brandenburg erklärte zur Volksmarinekommission. Er habe vom 5. zum 6. Januar Woche im Marschall und wegen Erhaltung eines Gruppenführers dessen Gruppe übernommen. Er behauptet, daß Waffen im Marschall aufgestellt worden seien. Ledebour habe in einem Brief an ihn von einem Kuss danach gesprochen. Die Kinnpöbel bezog sich auf die Vorgänge vom 14. Dezember. Ledebour sagte, die Kameraden sollten sich wie Menschen zeigen und sich ruhig verhalten. Es sei genug Menschenblut geflossen. Ledebour ging dann fort. Nach ihm sprachen noch andere in viel schärferem Sinne, sie wollten verhandeln, daß es ihnen wie am 14. Dezember ging, und auf diesem Grunde das Gewehr befehlen. — Rechtskons. Dr. Herzfeld: Hat Herr Ledebour etwas mit den Waffensuchungen zu tun gehabt? — Zeuge: Nein. — Rechtskons. Herzfeld: Haben Sie Herrn Fischer dort gesehen? — Zeuge: Nein. — Staatsanwalt Zumbroich: Woher der Zeuge, daß der Staatskommandant Fischer zu jener Zeit im Marschall gefangen sei? Zeuge: Ich weiß nur, daß ich einmal gefangen gehalten wurde, das war aber früher.

Nach der Willingspauze vertritt der Vorsitzende folgende Gerichtssprüche: Die Anträge, den Minister Landberg, Minister Gehr und Staatsanwalt Fischer zur Sache zu verurteilen, werden als unbeschäftigt und nicht zur Sache geäußert abgelehnt.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Ich habe noch einen Verbleibungsantrag zu stellen. Es hat sich ein Herr v. Tschelch gemeldet, der im Auftrag der Regierung gegen den Herrn Fischer, Ledebour verhaftet hat. Dieser Herr v. Tschelch will bekunden, daß er von Herrn Fischer den Auftrag erhielt,

Herrn Ledebour zu verhaften.

Herr v. Tschelch wehnt Minister Landberg, doch die Tschelch bei Wassow.

Staatsanwalt Zumbroich: Diese Behauptung über ich heute zum ersten Mal, es wäre eine ungeheuerliche Tatsache. Es wäre angebracht, daß sich die Staatsanwaltschaft von Wassow mit der Sache befaßt. In diesen Prozess gehört sie nicht hinein. Ich möchte den Herrn Verteidiger bitten, mir seine Unterlagen zu geben, damit Anklage erhoben wird.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache sei ihm ganz neu, so trifft das nicht zu. Wir haben gehört, daß der Angeklagte und auch der Zeuge Dr. Meyer den Eindruck hatten, daß man ihnen ans Leben wolle. Wenn der Herr Staatsanwalt nach Unterlagen fragt, so teile ich ihm folgenden mit: Herr v. Tschelch ist gekommen zu mir ins Bureau gekommen und hat gesagt, daß Herr Fischer die Schuld über die verbliebenen Soldaten auf die Soldaten schiebe. Die Soldaten seien ruhig gewesen, aber erst von Anton Fischer mit schuldiger Zustimmung gegen Ledebour erfüllt worden. Er sprach habe den Auftrag gehabt, Ledebour zu verhaften. Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache gehöre nicht in den Prozess Ledebour, so ist mir das vollkommen unverständlich. Neben die Verhaftung ist bereits Ledebour und auch Dr. Meyer vernommen worden. Dadurch bewies das Gericht, daß es der Sache eine gewisse Bedeutung beimah. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft ist Herr Anton Fischer. Es ist malice nicht nach von enormer Bedeutung für dessen Glaubwürdigkeit als Belastungszeuge, wenn hier bewiesen wird, daß er den Auftrag gegeben hat, Ledebour zu verhaften.

Ledebour: Mein Verteidiger hat der Staatsanwaltschaft schon einmal eine ähnliche Tatsache unterbreitet. Wir haben dann nichts weiter davon gehört. Es ist ein anderer Soldat an einem meiner Verbleibungsanträge herangekommen und hat ihm erklärt, er wolle andere Soldaten freilassen aufgehört werden, mich zu verhaften. Die Soldaten hätten das aber abgelehnt. Ich habe von der Angeklagten nichts weiter gehört. Es wurde auch gesagt, der Mann wäre nicht bei seiner Aussage geblieben. Wie ich die Reichsbanner der Staatsanwaltschaft kenne, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft alles aufbieten wird, einem Zeugen der zweifellos der Regierung und dessen Laufbahn unbenommen zu klagen.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache sei ihm ganz neu, so trifft das nicht zu. Wir haben gehört, daß der Angeklagte und auch der Zeuge Dr. Meyer den Eindruck hatten, daß man ihnen ans Leben wolle. Wenn der Herr Staatsanwalt nach Unterlagen fragt, so teile ich ihm folgenden mit: Herr v. Tschelch ist gekommen zu mir ins Bureau gekommen und hat gesagt, daß Herr Fischer die Schuld über die verbliebenen Soldaten auf die Soldaten schiebe. Die Soldaten seien ruhig gewesen, aber erst von Anton Fischer mit schuldiger Zustimmung gegen Ledebour erfüllt worden. Er sprach habe den Auftrag gehabt, Ledebour zu verhaften. Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache gehöre nicht in den Prozess Ledebour, so ist mir das vollkommen unverständlich. Neben die Verhaftung ist bereits Ledebour und auch Dr. Meyer vernommen worden. Dadurch bewies das Gericht, daß es der Sache eine gewisse Bedeutung beimah. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft ist Herr Anton Fischer. Es ist malice nicht nach von enormer Bedeutung für dessen Glaubwürdigkeit als Belastungszeuge, wenn hier bewiesen wird, daß er den Auftrag gegeben hat, Ledebour zu verhaften.

Ledebour: Mein Verteidiger hat der Staatsanwaltschaft schon einmal eine ähnliche Tatsache unterbreitet. Wir haben dann nichts weiter davon gehört. Es ist ein anderer Soldat an einem meiner Verbleibungsanträge herangekommen und hat ihm erklärt, er wolle andere Soldaten freilassen aufgehört werden, mich zu verhaften. Die Soldaten hätten das aber abgelehnt. Ich habe von der Angeklagten nichts weiter gehört. Es wurde auch gesagt, der Mann wäre nicht bei seiner Aussage geblieben. Wie ich die Reichsbanner der Staatsanwaltschaft kenne, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft alles aufbieten wird, einem Zeugen der zweifellos der Regierung und dessen Laufbahn unbenommen zu klagen.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache sei ihm ganz neu, so trifft das nicht zu. Wir haben gehört, daß der Angeklagte und auch der Zeuge Dr. Meyer den Eindruck hatten, daß man ihnen ans Leben wolle. Wenn der Herr Staatsanwalt nach Unterlagen fragt, so teile ich ihm folgenden mit: Herr v. Tschelch ist gekommen zu mir ins Bureau gekommen und hat gesagt, daß Herr Fischer die Schuld über die verbliebenen Soldaten auf die Soldaten schiebe. Die Soldaten seien ruhig gewesen, aber erst von Anton Fischer mit schuldiger Zustimmung gegen Ledebour erfüllt worden. Er sprach habe den Auftrag gehabt, Ledebour zu verhaften. Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache gehöre nicht in den Prozess Ledebour, so ist mir das vollkommen unverständlich. Neben die Verhaftung ist bereits Ledebour und auch Dr. Meyer vernommen worden. Dadurch bewies das Gericht, daß es der Sache eine gewisse Bedeutung beimah. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft ist Herr Anton Fischer. Es ist malice nicht nach von enormer Bedeutung für dessen Glaubwürdigkeit als Belastungszeuge, wenn hier bewiesen wird, daß er den Auftrag gegeben hat, Ledebour zu verhaften.

Ledebour: Mein Verteidiger hat der Staatsanwaltschaft schon einmal eine ähnliche Tatsache unterbreitet. Wir haben dann nichts weiter davon gehört. Es ist ein anderer Soldat an einem meiner Verbleibungsanträge herangekommen und hat ihm erklärt, er wolle andere Soldaten freilassen aufgehört werden, mich zu verhaften. Die Soldaten hätten das aber abgelehnt. Ich habe von der Angeklagten nichts weiter gehört. Es wurde auch gesagt, der Mann wäre nicht bei seiner Aussage geblieben. Wie ich die Reichsbanner der Staatsanwaltschaft kenne, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft alles aufbieten wird, einem Zeugen der zweifellos der Regierung und dessen Laufbahn unbenommen zu klagen.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache sei ihm ganz neu, so trifft das nicht zu. Wir haben gehört, daß der Angeklagte und auch der Zeuge Dr. Meyer den Eindruck hatten, daß man ihnen ans Leben wolle. Wenn der Herr Staatsanwalt nach Unterlagen fragt, so teile ich ihm folgenden mit: Herr v. Tschelch ist gekommen zu mir ins Bureau gekommen und hat gesagt, daß Herr Fischer die Schuld über die verbliebenen Soldaten auf die Soldaten schiebe. Die Soldaten seien ruhig gewesen, aber erst von Anton Fischer mit schuldiger Zustimmung gegen Ledebour erfüllt worden. Er sprach habe den Auftrag gehabt, Ledebour zu verhaften. Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache gehöre nicht in den Prozess Ledebour, so ist mir das vollkommen unverständlich. Neben die Verhaftung ist bereits Ledebour und auch Dr. Meyer vernommen worden. Dadurch bewies das Gericht, daß es der Sache eine gewisse Bedeutung beimah. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft ist Herr Anton Fischer. Es ist malice nicht nach von enormer Bedeutung für dessen Glaubwürdigkeit als Belastungszeuge, wenn hier bewiesen wird, daß er den Auftrag gegeben hat, Ledebour zu verhaften.

Ledebour: Mein Verteidiger hat der Staatsanwaltschaft schon einmal eine ähnliche Tatsache unterbreitet. Wir haben dann nichts weiter davon gehört. Es ist ein anderer Soldat an einem meiner Verbleibungsanträge herangekommen und hat ihm erklärt, er wolle andere Soldaten freilassen aufgehört werden, mich zu verhaften. Die Soldaten hätten das aber abgelehnt. Ich habe von der Angeklagten nichts weiter gehört. Es wurde auch gesagt, der Mann wäre nicht bei seiner Aussage geblieben. Wie ich die Reichsbanner der Staatsanwaltschaft kenne, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft alles aufbieten wird, einem Zeugen der zweifellos der Regierung und dessen Laufbahn unbenommen zu klagen.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache sei ihm ganz neu, so trifft das nicht zu. Wir haben gehört, daß der Angeklagte und auch der Zeuge Dr. Meyer den Eindruck hatten, daß man ihnen ans Leben wolle. Wenn der Herr Staatsanwalt nach Unterlagen fragt, so teile ich ihm folgenden mit: Herr v. Tschelch ist gekommen zu mir ins Bureau gekommen und hat gesagt, daß Herr Fischer die Schuld über die verbliebenen Soldaten auf die Soldaten schiebe. Die Soldaten seien ruhig gewesen, aber erst von Anton Fischer mit schuldiger Zustimmung gegen Ledebour erfüllt worden. Er sprach habe den Auftrag gehabt, Ledebour zu verhaften. Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache gehöre nicht in den Prozess Ledebour, so ist mir das vollkommen unverständlich. Neben die Verhaftung ist bereits Ledebour und auch Dr. Meyer vernommen worden. Dadurch bewies das Gericht, daß es der Sache eine gewisse Bedeutung beimah. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft ist Herr Anton Fischer. Es ist malice nicht nach von enormer Bedeutung für dessen Glaubwürdigkeit als Belastungszeuge, wenn hier bewiesen wird, daß er den Auftrag gegeben hat, Ledebour zu verhaften.

Ledebour: Mein Verteidiger hat der Staatsanwaltschaft schon einmal eine ähnliche Tatsache unterbreitet. Wir haben dann nichts weiter davon gehört. Es ist ein anderer Soldat an einem meiner Verbleibungsanträge herangekommen und hat ihm erklärt, er wolle andere Soldaten freilassen aufgehört werden, mich zu verhaften. Die Soldaten hätten das aber abgelehnt. Ich habe von der Angeklagten nichts weiter gehört. Es wurde auch gesagt, der Mann wäre nicht bei seiner Aussage geblieben. Wie ich die Reichsbanner der Staatsanwaltschaft kenne, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft alles aufbieten wird, einem Zeugen der zweifellos der Regierung und dessen Laufbahn unbenommen zu klagen.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache sei ihm ganz neu, so trifft das nicht zu. Wir haben gehört, daß der Angeklagte und auch der Zeuge Dr. Meyer den Eindruck hatten, daß man ihnen ans Leben wolle. Wenn der Herr Staatsanwalt nach Unterlagen fragt, so teile ich ihm folgenden mit: Herr v. Tschelch ist gekommen zu mir ins Bureau gekommen und hat gesagt, daß Herr Fischer die Schuld über die verbliebenen Soldaten auf die Soldaten schiebe. Die Soldaten seien ruhig gewesen, aber erst von Anton Fischer mit schuldiger Zustimmung gegen Ledebour erfüllt worden. Er sprach habe den Auftrag gehabt, Ledebour zu verhaften. Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache gehöre nicht in den Prozess Ledebour, so ist mir das vollkommen unverständlich. Neben die Verhaftung ist bereits Ledebour und auch Dr. Meyer vernommen worden. Dadurch bewies das Gericht, daß es der Sache eine gewisse Bedeutung beimah. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft ist Herr Anton Fischer. Es ist malice nicht nach von enormer Bedeutung für dessen Glaubwürdigkeit als Belastungszeuge, wenn hier bewiesen wird, daß er den Auftrag gegeben hat, Ledebour zu verhaften.

Ledebour: Mein Verteidiger hat der Staatsanwaltschaft schon einmal eine ähnliche Tatsache unterbreitet. Wir haben dann nichts weiter davon gehört. Es ist ein anderer Soldat an einem meiner Verbleibungsanträge herangekommen und hat ihm erklärt, er wolle andere Soldaten freilassen aufgehört werden, mich zu verhaften. Die Soldaten hätten das aber abgelehnt. Ich habe von der Angeklagten nichts weiter gehört. Es wurde auch gesagt, der Mann wäre nicht bei seiner Aussage geblieben. Wie ich die Reichsbanner der Staatsanwaltschaft kenne, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft alles aufbieten wird, einem Zeugen der zweifellos der Regierung und dessen Laufbahn unbenommen zu klagen.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache sei ihm ganz neu, so trifft das nicht zu. Wir haben gehört, daß der Angeklagte und auch der Zeuge Dr. Meyer den Eindruck hatten, daß man ihnen ans Leben wolle. Wenn der Herr Staatsanwalt nach Unterlagen fragt, so teile ich ihm folgenden mit: Herr v. Tschelch ist gekommen zu mir ins Bureau gekommen und hat gesagt, daß Herr Fischer die Schuld über die verbliebenen Soldaten auf die Soldaten schiebe. Die Soldaten seien ruhig gewesen, aber erst von Anton Fischer mit schuldiger Zustimmung gegen Ledebour erfüllt worden. Er sprach habe den Auftrag gehabt, Ledebour zu verhaften. Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache gehöre nicht in den Prozess Ledebour, so ist mir das vollkommen unverständlich. Neben die Verhaftung ist bereits Ledebour und auch Dr. Meyer vernommen worden. Dadurch bewies das Gericht, daß es der Sache eine gewisse Bedeutung beimah. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft ist Herr Anton Fischer. Es ist malice nicht nach von enormer Bedeutung für dessen Glaubwürdigkeit als Belastungszeuge, wenn hier bewiesen wird, daß er den Auftrag gegeben hat, Ledebour zu verhaften.

Ledebour: Mein Verteidiger hat der Staatsanwaltschaft schon einmal eine ähnliche Tatsache unterbreitet. Wir haben dann nichts weiter davon gehört. Es ist ein anderer Soldat an einem meiner Verbleibungsanträge herangekommen und hat ihm erklärt, er wolle andere Soldaten freilassen aufgehört werden, mich zu verhaften. Die Soldaten hätten das aber abgelehnt. Ich habe von der Angeklagten nichts weiter gehört. Es wurde auch gesagt, der Mann wäre nicht bei seiner Aussage geblieben. Wie ich die Reichsbanner der Staatsanwaltschaft kenne, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft alles aufbieten wird, einem Zeugen der zweifellos der Regierung und dessen Laufbahn unbenommen zu klagen.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache sei ihm ganz neu, so trifft das nicht zu. Wir haben gehört, daß der Angeklagte und auch der Zeuge Dr. Meyer den Eindruck hatten, daß man ihnen ans Leben wolle. Wenn der Herr Staatsanwalt nach Unterlagen fragt, so teile ich ihm folgenden mit: Herr v. Tschelch ist gekommen zu mir ins Bureau gekommen und hat gesagt, daß Herr Fischer die Schuld über die verbliebenen Soldaten auf die Soldaten schiebe. Die Soldaten seien ruhig gewesen, aber erst von Anton Fischer mit schuldiger Zustimmung gegen Ledebour erfüllt worden. Er sprach habe den Auftrag gehabt, Ledebour zu verhaften. Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache gehöre nicht in den Prozess Ledebour, so ist mir das vollkommen unverständlich. Neben die Verhaftung ist bereits Ledebour und auch Dr. Meyer vernommen worden. Dadurch bewies das Gericht, daß es der Sache eine gewisse Bedeutung beimah. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft ist Herr Anton Fischer. Es ist malice nicht nach von enormer Bedeutung für dessen Glaubwürdigkeit als Belastungszeuge, wenn hier bewiesen wird, daß er den Auftrag gegeben hat, Ledebour zu verhaften.

Ledebour: Mein Verteidiger hat der Staatsanwaltschaft schon einmal eine ähnliche Tatsache unterbreitet. Wir haben dann nichts weiter davon gehört. Es ist ein anderer Soldat an einem meiner Verbleibungsanträge herangekommen und hat ihm erklärt, er wolle andere Soldaten freilassen aufgehört werden, mich zu verhaften. Die Soldaten hätten das aber abgelehnt. Ich habe von der Angeklagten nichts weiter gehört. Es wurde auch gesagt, der Mann wäre nicht bei seiner Aussage geblieben. Wie ich die Reichsbanner der Staatsanwaltschaft kenne, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft alles aufbieten wird, einem Zeugen der zweifellos der Regierung und dessen Laufbahn unbenommen zu klagen.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache sei ihm ganz neu, so trifft das nicht zu. Wir haben gehört, daß der Angeklagte und auch der Zeuge Dr. Meyer den Eindruck hatten, daß man ihnen ans Leben wolle. Wenn der Herr Staatsanwalt nach Unterlagen fragt, so teile ich ihm folgenden mit: Herr v. Tschelch ist gekommen zu mir ins Bureau gekommen und hat gesagt, daß Herr Fischer die Schuld über die verbliebenen Soldaten auf die Soldaten schiebe. Die Soldaten seien ruhig gewesen, aber erst von Anton Fischer mit schuldiger Zustimmung gegen Ledebour erfüllt worden. Er sprach habe den Auftrag gehabt, Ledebour zu verhaften. Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache gehöre nicht in den Prozess Ledebour, so ist mir das vollkommen unverständlich. Neben die Verhaftung ist bereits Ledebour und auch Dr. Meyer vernommen worden. Dadurch bewies das Gericht, daß es der Sache eine gewisse Bedeutung beimah. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft ist Herr Anton Fischer. Es ist malice nicht nach von enormer Bedeutung für dessen Glaubwürdigkeit als Belastungszeuge, wenn hier bewiesen wird, daß er den Auftrag gegeben hat, Ledebour zu verhaften.

Ledebour: Mein Verteidiger hat der Staatsanwaltschaft schon einmal eine ähnliche Tatsache unterbreitet. Wir haben dann nichts weiter davon gehört. Es ist ein anderer Soldat an einem meiner Verbleibungsanträge herangekommen und hat ihm erklärt, er wolle andere Soldaten freilassen aufgehört werden, mich zu verhaften. Die Soldaten hätten das aber abgelehnt. Ich habe von der Angeklagten nichts weiter gehört. Es wurde auch gesagt, der Mann wäre nicht bei seiner Aussage geblieben. Wie ich die Reichsbanner der Staatsanwaltschaft kenne, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft alles aufbieten wird, einem Zeugen der zweifellos der Regierung und dessen Laufbahn unbenommen zu klagen.

Rechtskons. Dr. Rosenfeld: Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache sei ihm ganz neu, so trifft das nicht zu. Wir haben gehört, daß der Angeklagte und auch der Zeuge Dr. Meyer den Eindruck hatten, daß man ihnen ans Leben wolle. Wenn der Herr Staatsanwalt nach Unterlagen fragt, so teile ich ihm folgenden mit: Herr v. Tschelch ist gekommen zu mir ins Bureau gekommen und hat gesagt, daß Herr Fischer die Schuld über die verbliebenen Soldaten auf die Soldaten schiebe. Die Soldaten seien ruhig gewesen, aber erst von Anton Fischer mit schuldiger Zustimmung gegen Ledebour erfüllt worden. Er sprach habe den Auftrag gehabt, Ledebour zu verhaften. Wenn der Herr Staatsanwalt sagt, die Sache gehöre nicht in den Prozess Ledebour, so ist mir das vollkommen unverständlich. Neben die Verhaftung ist bereits Ledebour und auch Dr. Meyer vernommen worden. Dadurch bewies das Gericht, daß es der Sache eine gewisse Bedeutung beimah. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft ist Herr Anton Fischer. Es ist malice nicht nach von enormer Bedeutung für dessen Glaubwürdigkeit als Belastungszeuge, wenn hier bewiesen wird, daß er den Auftrag gegeben hat, Ledebour zu verhaften.

Ledebour: Mein Verteidiger hat der Staatsanwaltschaft schon einmal eine ähnliche Tatsache unterbreitet. Wir haben dann nichts weiter davon gehört. Es ist ein anderer Soldat an einem meiner Verbleibungsanträge herangekommen und hat ihm erklärt, er wolle andere Soldaten freilassen aufgehört werden, mich zu verhaften. Die Soldaten hätten das aber abgelehnt. Ich habe von der Angeklagten nichts weiter gehört. Es wurde auch gesagt, der Mann wäre nicht bei seiner Aussage geblieben. Wie ich die Reichsbanner der Staatsanwaltschaft kenne, so halte ich es für wahrscheinlich, daß die Staatsanwaltschaft alles aufbieten wird, einem Zeugen der zweifellos der Regierung und dessen Laufbahn unbenommen zu klagen.

